



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/213

öffentlich

Datum: 09.07.2018
Antragsteller: CDU, SPD

| | | |
|--|-------------------|-------------------------------|
| Sozialausschuss | 11.09.2018 | empfehlender Beschluss |
| Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen | 14.09.2018 | empfehlender Beschluss |
| Ausschuss für Inklusion | 20.09.2018 | empfehlender Beschluss |
| Finanz- und Wirtschaftsausschuss | 26.09.2018 | empfehlender Beschluss |
| Landschaftsausschuss | 01.10.2018 | empfehlender Beschluss |
| Landschaftsversammlung | 08.10.2018 | Beschluss |

Tagesordnungspunkt:

**BTHG-Schulung der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte;
Haushalt 2019**

Beschlussvorschlag:

Die HPH-Netze werden gebeten, die Stärkung der Selbstvertretungskompetenzen von Menschen mit Behinderung durch die Ermöglichung von Fortbildungen der Mitglieder der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte der LVR-HPH-Netze zum Bundesteilhabegesetz in Einfacher Sprache zu ermöglichen. Ein entsprechendes Konzept (einschließlich Finanzierungsvorschlag) soll vorgelegt werden, dabei sollen auch andere Träger einbezogen werden.

Begründung:

Mit dem Bundesteilhabegesetz gehen zahlreiche Veränderungen der Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung einher. Das Leistungsgeschehen in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wird durch das BTHG vollkommen neu geregelt. Mit dem BTHG wird die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgerecht (dem SGB XII) herausgelöst. Sie soll zu einem modernen Teilhaberecht mit personenzentrierter Leistungserbringung weiterentwickelt werden.

Die zielorientierte Weiterbildung von Menschen mit Behinderung, die in den LVR-HPH-Netzen

leben, muss daher besonders gefördert werden, denn die Änderungen im Leistungssystem betreffen nicht nur Leistungsträger und -anbieter, sondern – im Sinne der personenzentrierten Ausrichtung – insbesondere den leistungsberechtigten Personenkreis. Auch vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention, die eine konsequente Partizipation von Menschen mit Behinderungen einfordert, ist es notwendig, Menschen mit Behinderung als Vertreterinnen und Vertreter in eigener Sache über die Gesetzesänderungen in Einfacher Sprache zu informieren.

Die Mitglieder der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte der LVR-HPH-Netze haben im Rahmen ihres jährlichen Gespräches mit den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Ausschuss "Verbund Heilpädagogischer Hilfen" um eine Schulung zum BTHG in Einfacher Sprache gebeten.

Frank Boss

Thomas Böll